

Michael Kaeding, Morten Pieper, Stefan Haußner

# Die soziale Schieflage der Wahlbeteiligung

## Teil 1/5: Die Fakten zur Wahlbeteiligung im Sinkflug

06. Juli 2015

**NRW** | School of Governance  
[www.nrwschool.de](http://www.nrwschool.de)

UNIVERSITÄT  
DUISBURG  
ESSEN

### Redaktion

#### Wissenschaftliche Koordination

Kristina Weissenbach, M.A.  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 3742  
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179  
[kristina.weissenbach@uni-due.de](mailto:kristina.weissenbach@uni-due.de)

#### Sekretariat

Anita Weber  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2045  
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179  
[anita.weber@uni-due.de](mailto:anita.weber@uni-due.de)

### Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Univ.-Prof. Dr. Karl-Rudolf Korte

#### Redaktionsanschrift

Redaktion Regierungsforschung.de  
NRW School of Governance  
Institut für Politikwissenschaft  
Lotharstraße 53  
47057 Duisburg  
Tel. +49 (0) 203 / 379 - 2706  
Fax +49 (0) 203 / 379 - 3179  
[redaktion@regierungsforschung.de](mailto:redaktion@regierungsforschung.de)

[www.nrwschool.de](http://www.nrwschool.de)  
[www.forschungsgruppe-regieren.de](http://www.forschungsgruppe-regieren.de)  
[www.politik.uni-duisburg-essen.de](http://www.politik.uni-duisburg-essen.de)

# Die soziale Schieflage der Wahlbeteiligung

## Teil 1/5: Die Fakten zur Wahlbeteiligung im Sinkflug

Von Michael Kaeding<sup>1</sup>, Morten Pieper<sup>2</sup>, Stefan Haußner<sup>3</sup>

Nach fast jeder Wahl in den letzten Jahren ist es das gleiche Bild: Die Wahlbeteiligung ist erneut gesunken, Medien und Politik beklagen dies und spätestens nach einigen Tagen geht das Interesse am Thema wieder verloren. Äußerst selten erfolgt im Rahmen dieser Phasen eine ernsthafte Diskussion der Ursachen und Folgen der sinkenden Wahlbeteiligung. Meistens gibt es nur allgemeine Phrasen zu hören: Die Bürger hätten eben von Politik die Nase voll, sagen die einen. Die Menschen seien wohl schlicht zufrieden, weshalb sie keinen Grund sähen zu wählen, sagen die anderen. Eine zunehmend lauter (wenn auch nicht richtiger) argumentierende Gruppe Intellektueller, wie der ehemalige Chefredakteur des Handelsblatts, Gabor Steingart (2009), der Philosoph Richard David Precht (Zeit 2013) oder der Sozialpsychologe Harald Welzer, ruft sogar öffentlich zur Nichtwahl auf (2013).

Die öffentlichen Diskussionen sind dabei eben auch häufig geprägt von subjektiver Wahrnehmung der Diskutanten und gehen meist an den aktuellen Erkenntnissen der Wissenschaft vorbei: Der Stereotyp des intellektuellen Nicht-Wählers bleibt nach weltweit einheitlichen Erkenntnissen genauso ein Mythos, wie plumpe Erklärungen mittels der (Un-)Zufriedenheit der Wähler mit der Politik. Vielmehr zeigt die Forschung, dass die Wahlbeteiligung weltweit – und speziell auch in Deutschland und Europa – seit den 1980er-Jahren in eine immense soziale Schieflage geraten ist, die eine ernsthafte Gefahr für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie darstellt.

In diesem ersten Artikel unserer **fünfteiligen Reihe über „Die soziale Schieflage der Wahlbeteiligung“** stellen wir die Fakten fest, um zu schauen, mit welchem Problem wir es überhaupt zu tun haben. Der Beitrag zeigt für Deutschland, NRW, Duisburg und Europa dass sich immer mehr

---

<sup>1</sup> Dr. Michael Kaeding ist Jean Monnet Professor für Europäische Integration und Europapolitik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen und lehrt am Europakolleg in Brügge. Er forscht schwerpunktmäßig zu europäischen Institutionen, der Umsetzung europäischer Gesetzgebung in den Mitgliedsstaaten und der Europäisierung nationaler politischer System.

<sup>2</sup> Morten Pieper ist wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Europäische Integration und Europapolitik und studiert im Master Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung an der NRW School of Governance, Universität Duisburg-Essen.

<sup>3</sup> Stefan Haußner ist wissenschaftliche Hilfskraft am Lehrstuhl für Europäische Integration und Europapolitik und beschäftigt sich unter anderem mit dem Euroskeptizismus der AfD sowie der empirischen Messbarkeit von Menschenrechten in der EU.

Menschen vom politischen Prozess der Wahl fernhalten – ein Phänomen von wachsendem Ausmaß.

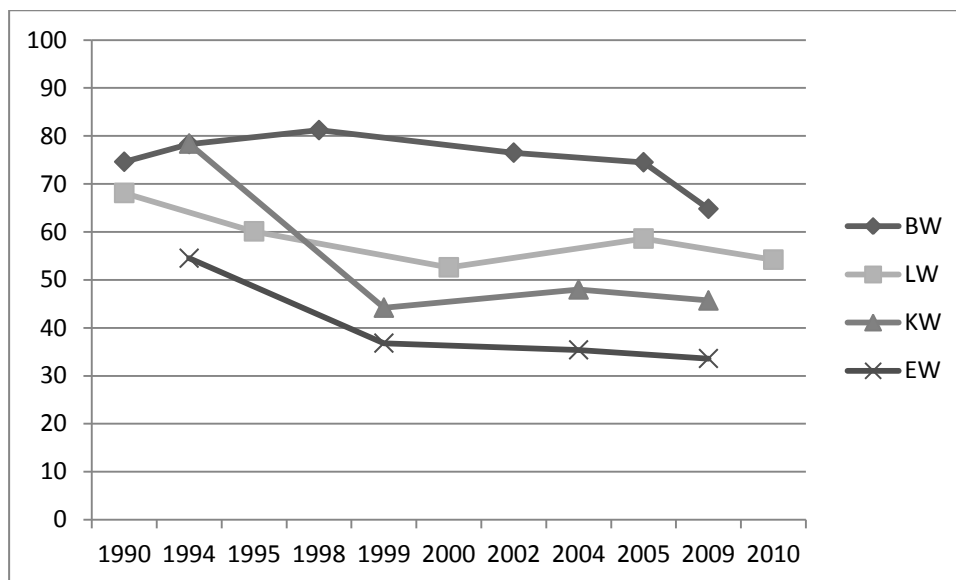
### Die Fakten für Deutschland, NRW und Duisburg

Zuerst die Fakten für Deutschland, NRW und Duisburg. Um einen ersten Eindruck des Ausmaßes des Problems zu bekommen hilft zunächst schon ein Blick auf die reinen Wahlbeteiligungsraten:

Bei Bundestagswahlen sank die Wahlbeteiligung von früher bis zu 91,1 Prozent (1972) auf heute 71,5 Prozent (2013) (Bundeswahlleiter 2013). In allen Bundesländern ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten: Die Wahlbeteiligung fiel im selben Zeitraum ebenfalls rapide und erreichte bei einigen Landtagswahlen, wie beispielsweise in Sachsen (49,1 Prozent) und Brandenburg (47,9 Prozent), sogar Werte unter 50 Prozent (Tagesschau 2015). Bei den Europawahlen liegt sie seit 1999 deutlich unter 50 Prozent: Seit der damals politisch noch vergleichsweise wenig bedeutenden ersten Europawahl in 1979 (65,7 Prozent) fiel die deutsche Wahlbeteiligung – trotz immens steigender Bedeutung – um 17 Prozentpunkte (2014: 48,1 Prozent).

Duisburg liegt hierbei im bundesdeutschen Trend. Zwar konnte sich die Wahlbeteiligung bei einzelnen Wahlen z.T. durch gleichzeitig stattfindende Parallelwahlen erholen, der Trend ist allerdings bei jeder einzelnen Wahl negativ (Abbildung 1).

**Abbildung 1: Sinkende Wahlbeteiligung in Duisburg bei Bundestags-, Landtags-, Kommunal- und Europawahlen**



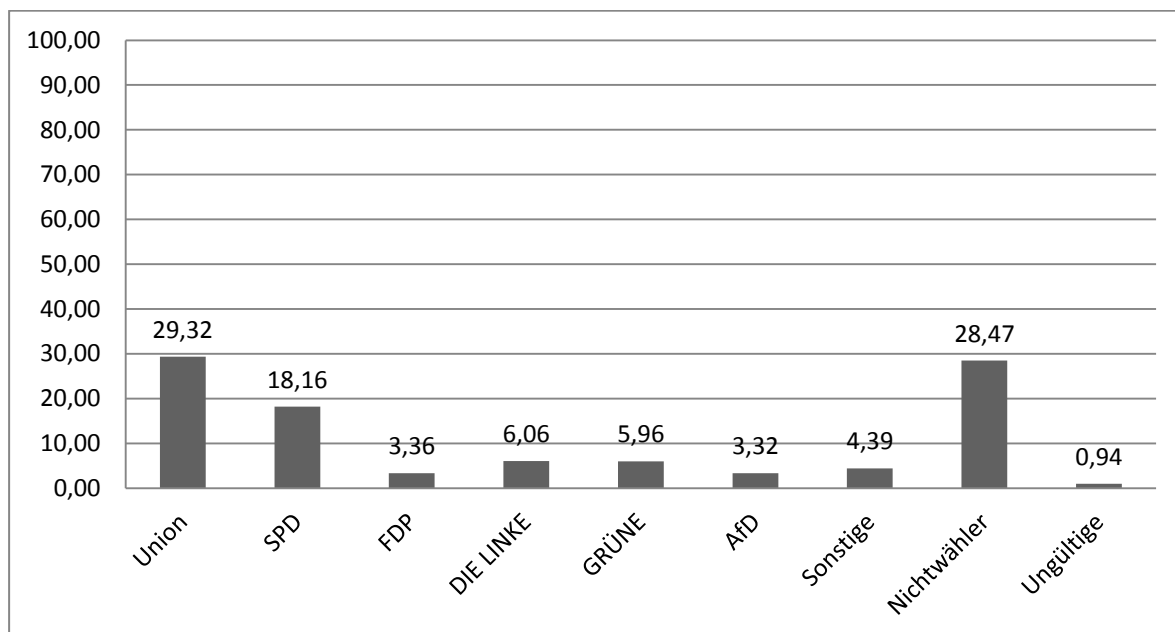
Quelle: Wahlstatistik der Stadt Duisburg

**... bereinigt um die Anzahl der Wahlberechtigten:**

Bereinigt man die Wahlergebnisse der Parteien prozentual anhand der Zahl der Wahlberechtigten (und nicht wie üblich anhand der Zahl der Wähler), wird die negative Entwicklung bei der Wahlbeteiligung geradezu erdrückend:

Vom triumphalen Wahlsieg Angela Merkels 2013 wäre nur noch eine Zustimmung im Wahlvolk von unter 30 Prozent übrig. Das heißt die Union wäre so gut wie gleichauf mit einer fiktiven „Partei der Nichtwähler“<sup>4</sup>. Die „Volks“partei SPD implodiert mit 18 Prozent geradezu. Die kleinen Bundestagsparteien, Linke und Grüne, lägen mit jeweils sechs Prozent nur noch knapp über der Zugangshürde zum Parlament (Abbildung 2).

**Abbildung 2: Bundestagswahl 2013 bereinigt um den Anteil aller Wahlberechtigten**



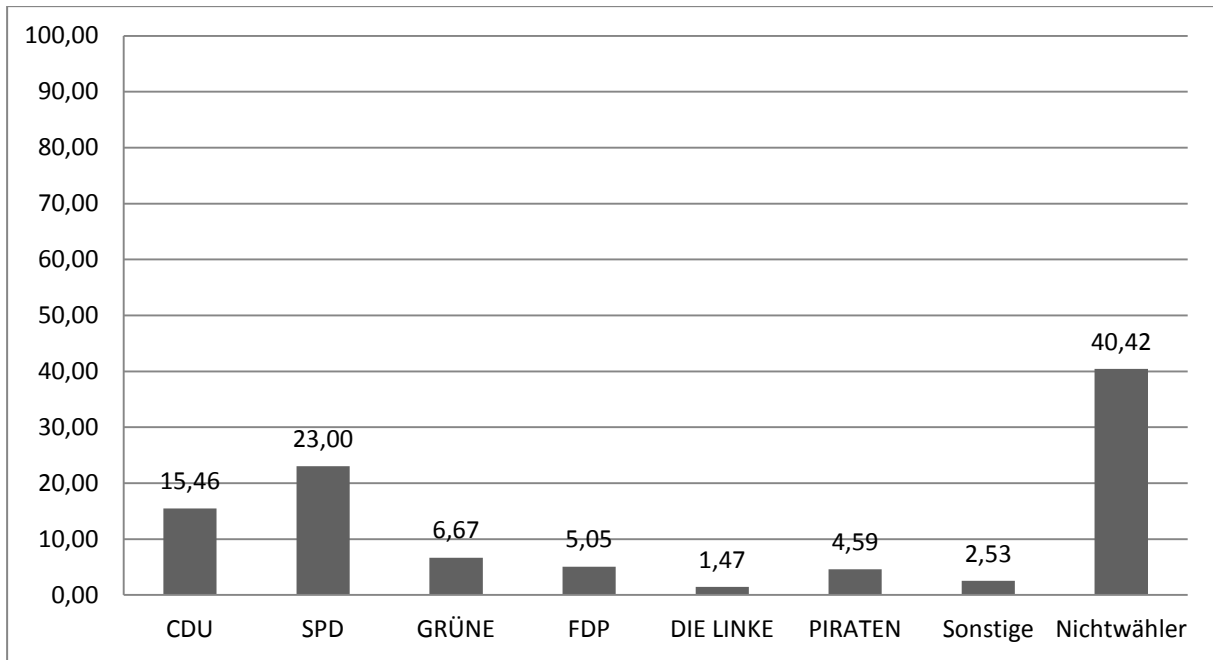
Quelle: Bundeswahlleiter 2013

Noch viel dramatischer werden die Ergebnisse der Wahl“sieger“ in Deutschland, wenn man Nebenwahlen, wie Landtags-, Kommunal- und Europawahlen, in derselben Art und Weise betrachtet:

Wahlsieger in NRW wäre mit 40 Prozentpunkten die fiktive „Nichtwählerpartei“ gewesen. Der umjubelte Wahlsieg Hannelore Krafts in Nordrhein-Westfalen wäre in dieser Rechnung mit nur noch 23 Prozent daher eher bescheiden ausgefallen, die Werte der Volkspartei CDU stellen ein Debakel dar (Abbildung 3).

**Abbildung 3: Landtagswahl NRW 2012 bereinigt um den Anteil aller Wahlberechtigten**

<sup>4</sup> Natürlich bilden die Nichtwähler keine einheitliche Partei und auch die Frage, wie hetero- oder homogen ihre politischen Parteipräferenzen sind, ist umstritten. Dennoch zeigt die Gegenüberstellung von Parteiergebnissen und Nichtwählern teils dramatische Ergebnisse für die reale Stärke der Parteien.

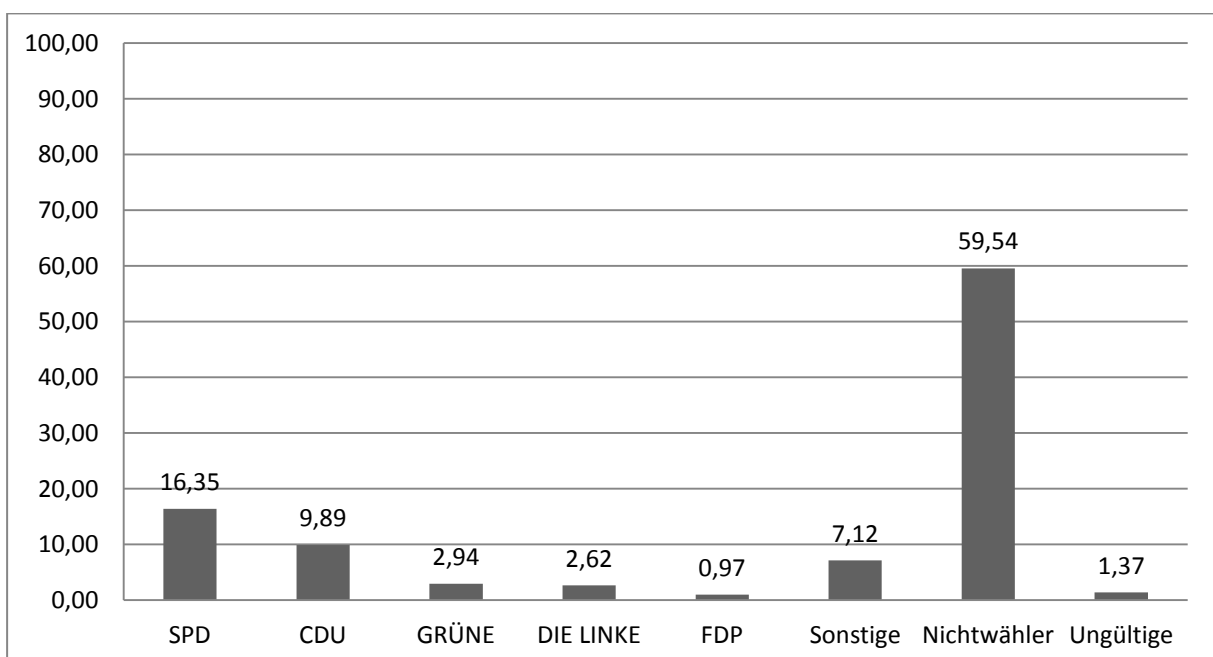


Quelle: Landeswahlleiterin NRW 2012

Bei der Ratswahl 2014 in Duisburg sieht es sogar noch schlimmer aus:

Die Volksparteien SPD und CDU hätten nur 16 bzw. 10 Prozent erhalten, während keine andere Partei auch nur annähernd fünf Prozent erhalten hätte. Demgegenüber stünde eine fiktive Partei der Nichtwähler mit knapp 60 Prozent „Zustimmung“ kurz vor der Erlangung der Zwei-Drittelmehrheit.

**Abbildung 4: Ratswahl Duisburg 2014 bereinigt um den Anteil aller Wahlberechtigten**

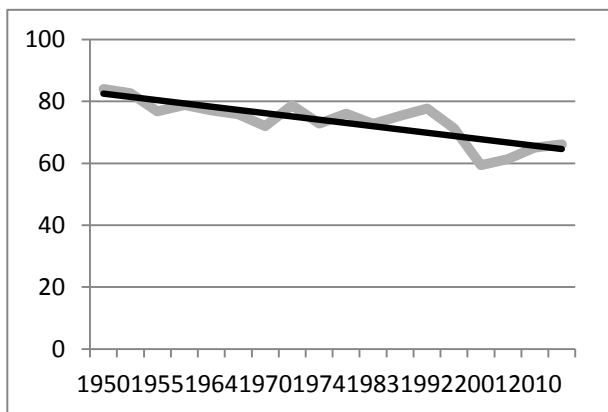


Quelle: Wahlstatistik der Stadt Duisburg

### Auch in Europa stürzt die Wahlbeteiligung in immer neue Tiefen

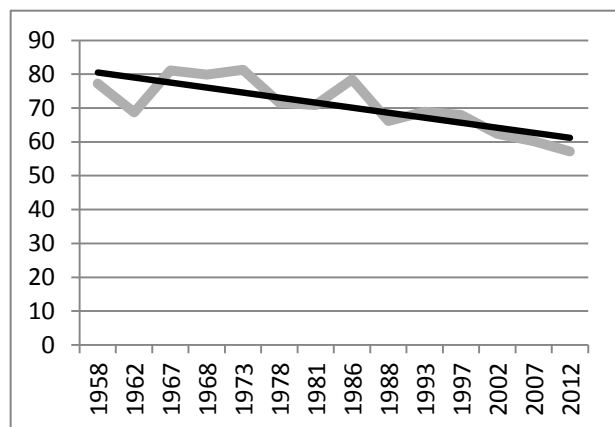
In anderen europäischen Nachbarländern ist das Bild ähnlich dramatisch: In Großbritannien sank die Wahlbeteiligung um 18 Prozentpunkte bei Unterhauswahlen von ehemals 84 Prozent (1950) auf heute 66 Prozent (2015) (Parties and Elections 2015) (Abbildung 5). In Frankreich sank sie um 24 Prozentpunkte bei Parlamentswahlen von früher 81 Prozent (1958) auf 57 Prozent (2012) (ebd.) (Abbildung 6). Alles in allem ist seit etwa den 1980er und 1990er Jahren ein kontinuierlicher Abwärtstrend in der Wahlbeteiligung in nahezu allen Demokratien Europas festzustellen (IDEA 2014).

**Abbildung 5: Wahlbeteiligung: Unterhauswahlen Großbritannien 1950-2015 (- 18%)**



Quelle: Parties and Elections 2015

**Abbildung 6: Wahlbeteiligung: Wahlen zur Nationalversammlung Frankreich 1958-2012 (- 24%)**



Quelle: Parties and Elections 2015

Bei Europawahlen ist das Bild zudem äußerst beklammend:

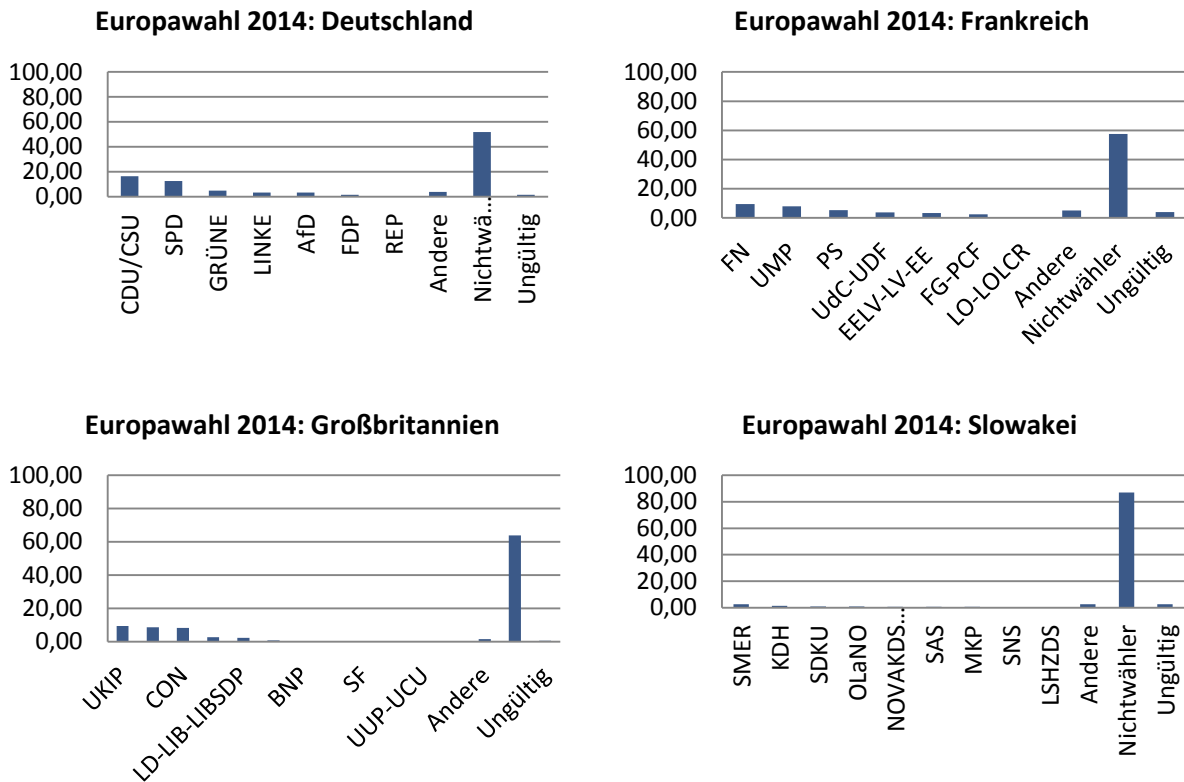
Seit der ersten Direktwahl zum Europaparlament in 1979 fielen die Zahlen der Wahlbeteiligung stetig von 62 Prozent (1979) auf 43 Prozent (2014) um 19 Prozentpunkte. Trotz „Spitzenkandidaten“ konnte dieser Trend 2014 bestenfalls verlangsamt werden. Denn auch in 2014 machten in Europa noch 57 Prozent NICHT von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Darüber hinaus hätten in fast allen europäischen Ländern die fiktiven Nichtwählerparteien bei der Europawahl 2014 Erdrutschsiege eingefahren:

Bei den Europawahlen 2014 standen in Spanien beispielsweise 54 Prozent Nichtwähler einem Wahl“sieger“, der Volkspartei, mit elf Prozent gegenüber, der französische Wahlsieger, der Front National, kam auf knapp zehn Prozent der Wahlberechtigten (58 Prozent Nichtwähler-Anteil). In Großbritannien wäre das Rennen 64 zu neun Prozent, in Polen 77 zu sechs Prozent und in der

Slowakei gar 87 zu drei(!) Prozent FÜR die Nichtwähler ausgegangen (vgl. jeweils Parties and Elections 2015). Teilweise sind die respektiven Balken in unseren Grafiken so klein, dass man sie mit bloßem Auge nicht mehr erkennt (Abbildung 7).<sup>5</sup>

**Abbildung 7: Anteil an allen Wahlberechtigten: Europawahl 2014 in ausgewählten Mitgliedsstaaten**



An dieser Stelle drängt sich dann oft die Frage nach der demokratischen Legitimation der in den gewählten Parlamenten getroffenen Entscheidungen auf. Kritiker dieser These werfen hingegen ein, dass eine niedrige Wahlbeteiligung nicht zwangsläufig schlecht sein müsse, solange jeder Berechtigte die Chance zur Wahlteilnahme habe und das Wahlergebnis implizit den Willen des Volkes widerspiegele. Der Wille der Wähler sei somit mit dem Willen des Volkes gleichzusetzen (vgl. Lutz/Marsh 2007). Ob die Nichtwähler tatsächlich deutlich anders wählen würden als die Wähler, ist in der Forschung jedoch nicht eindeutig geklärt (vgl. Bernhagen/Rose 2012, van der Eijk/Egmond 2010, Highton/Wolfinger 2001).

Die bisherigen Erkenntnisse weisen allerdings darauf hin, dass im Wesentlichen ein ganz anderer Faktor dazu führt, dass die sinkende Wahlbeteiligung nicht nur die Legitimation getroffener

<sup>5</sup> In Deutschland wurde dem Wahlsieger Union mit 16 Prozent der Wahlberechtigten eine vergleichsweise hohe Zustimmung zu Teil (52 Prozent Nichtwähler-Anteil),

Entscheidungen in Frage stellt, sondern auch das generelle Funktionieren der *Herrschaft des Volkes*: die soziale Schieflage der Wahlbeteiligung.

Diese Aspekt stellen wir im **zweiten Beitrag unserer fünfteiligen Serie „Die soziale Schieflage der Wahlbeteiligung“** genauer vor.



## Literatur:

**Bernhagen**, Patrick/Richard Rose. 2012. „Simulieren oder Fragen? Strategien zur Ermittlung der politischen Folgen niedriger Wahlbeteiligung am Beispiel der Europawahlen 2009“. In: *Methoden – Daten – Analysen* 6 (2): 133-156.

**Bundeswahlleiter**. 2013. „Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 2013.“ [http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW\\_BUND\\_13/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html](http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/bundesergebnisse/index.html) , letzter Zugriff am 10. August 2014.

**Highton**, Benjamin/Raymond E. Wolfinger. 2001. „The Political Implications of Higher Turnout.“ In: *British Journal of Political Science* 31 (1): 179-192.

**IDEA** (International Institute for Democracy and Electoral Assistance). 2014. [http://www.idea.int/vt/survey/voter\\_turnout1.cfm](http://www.idea.int/vt/survey/voter_turnout1.cfm), letzter Zugriff am 10. August 2014

**Landeswahlleiterin NRW**. 2012. „Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl 2012.“ <http://www.wahlergebnisse.nrw.de/landtagswahlen/2012/aktuell/a0lw1200.html>, letzter Zugriff am 31. Mai 2015.

**Lutz**, Georg/Michael Marsh. 2007. „Introduction: Consequences of low turnout.“ In: *Electoral Studies* 26 (3): 539-547.

**Parties and Elections**. 2015. „Countries.“ <http://parties-and-elections.eu/countries.html>, letzter Zugriff am 31. Mai 2015.

**Steingart**, Gabor. 2009. *Die Machtfrage: Ansichten eines Nichtwählers*. München: Piper.

**Tagesschau**. 2015. „Bürgerschaftswahl Bremen 2015 – Niedrigste Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen“ <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2015-05-10-LT-DE-HB/umfrage-wahlbeteiligung.shtml>, letzter Zugriff 31. Mai 2015.

**Van der Eijk**, Cees/Marcel van Egmond. 2010. „Political effects of low turnout in national and European elections.“ In: *Electoral Studies* 26 (3): 561-573.

**Welzer**, Harald. 2013. „Das Ende des kleineren Übels – Warum ich nicht mehr wähle.“ *Der Spiegel* 22. 27. Mai 2013: 122-123.

**Zeit**. 2013. „Die Qual der Wahl. Was wir wählen.“ <http://www.zeit.de/2013/37/bundestagswahl-kuenstler-qual-der-wahl>, letzter Zugriff am 10. August 2014.